



8. Februar 2023

Schriftliche Anfrage

von Dominik Waser (GRÜNE)
und Anna-Béatrice Schmalz (GRÜNE)

In der Nacht vom vergangenen Samstag (4.2.23) auf den Sonntag (5.2.23) kam es nahe dem Hauptbahnhof zu queerfeindlichen Angriffen und homophober Gewalt. Dabei wurde eine Gruppe von Menschen teils erheblich verletzt. Die Gruppe, zu der unter anderem drei Drag-Queens gehörten, wurden zuerst verbal auf primitive und queerfeindliche Art und Weise auf das Übelste beleidigt und danach brutal niedergeschlagen. Die Polizei ist laut Aussage der Betroffenen nicht am Tatort erschienen und hat empfohlen die Anzeige erst am nächsten Tag aufzugeben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass bei diesem Notruf die Polizei niemanden an den Tatort beordert hat? Wenn ja: warum nicht? Wie wird entschieden, ob die Polizei zum Tatort beordert wird?
2. Nach welchen Kriterien schätzt die Polizei die Gefährdung von Personen ein, wenn sie um Unterstützung bitten?
3. Entspricht es der Tatsache, dass die Polizei bei diesem Notruf Schutzmassnahmen für die Betroffenen verweigert hat? Wenn ja, warum?
4. Mit welchem Hintergrund, resp. aufgrund welcher Anweisungen hat die den Notruf entgegennehmende Mitarbeiterin die Aussage, dass keine Kapazität für Personenschutz vorhanden sei, gemacht?
5. Entspricht es den Tatsachen, dass die den Notruf entgegennehmende Polizistin den Opfern vorgeschlagen hat, sie sollen nachhause fahren und am nächsten Tag Anzeige erstatten? Ist dies das übliche Vorgehen, resp. bei welchen Vorfällen werden Opfer aufgefordert, umgehend auf die Wache zu gehen?
6. Mit welchen Massnahmen will die Polizei in Zukunft adäquat auf queerfeindliche Gewalt reagieren? Wie gedenkt die Polizei in Zukunft die Sensibilität der Polizist:innen bezüglich queerfeindlicher Gewalt zu verbessern?

D. Waser

Anna-Béatrice Schmalz